

Hören Sie auf den Ökonomen, der die Krise richtig vorhergesagt hat – Lyndon LaRouche!

21. Januar 2012

Von Helga Zepp-LaRouche, Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)

Die Welt bewegt sich trotz zahlreicher diplomatischer Anstrengungen zur Kriegsvermeidung im Kontext der Situation um den Iran und Syrien immer noch mit rasantem Tempo auf einen dritten, thermonuklearen Weltkrieg zu. Das transatlantische Finanzsystem befindet sich erneut in einer Krise, die alle Symptome der Lage vor dem Kollaps von Lehman Brothers aufweist – nur daß diesmal die Regierungen und Zentralbanken alle Instrumente, die damals zur kurzfristigen Intervention benutzt worden, bereits aufgebraucht haben. Der Euro kann innerhalb von Tagen oder Wochen auseinanderbrechen, die EZB ist zur „Gelddruckmaschine“ (*Handelsblatt*) geworden, und in fast allen Mitgliedsstaaten wächst der Widerstand in der Bevölkerung gegen die brutale Sparpolitik der EU, die ganz Europa in die Depression zu stürzen droht.

Wenn man diese Kurzzusammenfassung der strategischen Lage bedenkt, sollte man eigentlich annehmen, daß die Regierungen fieberhaft daran arbeiten sollten, für alle diese existentiellen Probleme Lösungen zu finden. Stattdessen halten Sie an derselben fehlerhaften Axiomatik des Denkens fest, die schon für das Zustande-Kommen der Systemkrise verantwortlich war.

Die Weltbank warnt in ihrem ersten Halbjahresbericht 2012 in einer Untertreibung des Jahrhunderts, das Weltfinanzsystem könne in diesem Jahr in eine ebenso große oder noch größere Krise als 2008-09 gestürzt werden und die Kapitalmärkte könnten einfrieren. Genau dies ist schon geschehen: Die Kreditvergabe zwischen den Banken ist praktisch zum Stillstand gekommen. Die europäischen Banken haben in den vergangenen Tagen mehr als eine halbe Billion Euro über Nacht in der EZB „geparkt“, also mehr als die 500 Milliarden, die die EZB den Banken für die nächsten drei Jahre zur Verfügung gestellt hat.

Die Chefin des IWF, Christine Lagarde, forderte gleichzeitig weitere 500-600 Milliarden Euro von solchen Ländern wie den USA, China und Japan für weitere Rettungsaktionen der Eurozone. Die USA haben dies aufgrund des starken Widerstands im Kongreß bereits abgelehnt. Insider vermuteten aber, daß das Swap-Abkommen zwischen der Fed und der EZB inoffiziell genutzt wird, um notleidenden Finanzinstitutionen, die etwa durch die Herabstufungen von Standard & Poor's von einem „deleveraging“-Problem betroffen sind – einer „Umkehrung der Hebelwirkung“, bei der eben jene Mechanismen, die zur Verstärkung der Spekulationen eingesetzt wurden, nun den Zusammenbruch der Spekulationen verstärken – die nötige Liquidität zur Verfügung zu stellen. Die Summen, die hier in immer kürzeren Abständen in das Finanzsystem gepumpt werden, akkumulieren sich an den Kapitalmärkten in der Form einer „Wertinflation“, die das wahre Ausmaß der zur Hyperinflation gehenden

Entwicklung noch versteckt. Trotzdem hat die Inflation bereits begonnen, das Realeinkommen der Bevölkerung aufzufressen.

Die erbarmungslose Sparpolitik der Troika von EU-Kommission, EZB und IWF hat vor allem die südlichen Staaten Europas bereits in eine tiefe Depression geschickt. Nirgendwo ist die Unmenschlichkeit dieser Politik, die allein zu Gunsten der Banken gemacht wird, deutlicher als in Griechenland zu sehen, wo Eltern ihre Kinder weggeben müssen, weil sie sie nicht länger ernähren können, wo Krankenhäuser ihre Patienten nicht mehr versorgen können, weil die Pharmakonzerne keine Medikamente mehr liefern, und wo die Selbstmordrate steigt. Junge und gut ausgebildete Menschen fliehen aus ihrer Heimat, weil sie dort absolut keine Zukunftsperspektiven für sich sehen. General- und Massenstreiks formieren sich aus Protest gegen diesen Wahnsinn, der ganz Europa in die tiefste Depression zu stürzen droht – in Griechenland, Italien (in Sizilien hat sich die Streikbewegung selbst den Namen „Mistgabelrevolte“ gegeben), Spanien, Portugal, Belgien, Irland und bald sicher auch in anderen Ländern.

Daß die von einem Systemuntergang bedrohte Finanzoligarchie des Britischen Empire es nur vordergründig auf Syrien und den Iran abgesehen hat, ist überdeutlich geworden. Mit der Ermordung des vierten iranischen Atomwissenschaftlers, Prof. Mustafa Ahmadi Roshan, und dem Wortgefecht um die Straße von Hormus hatte sich die Lage so zugespitzt, daß die USA das geplante größte Manöver in Israel mit Beteiligung amerikanischer, britischer und israelischer Streitkräfte zunächst um ein halbes Jahr verschoben haben. Dies hinderte aber die beiden amerikanischen Botschafter in Moskau und Beijing nicht daran, eine Politik des „Regimewechsels“ zu signalisieren.

Das russische Fernsehen reagierte massiv auf die provokanten Aktivitäten des neuen US-Botschafters Michael McFaul, der als erste Amtshandlung umfangreiche Treffen mit der aus den USA und Großbritannien gesponserten Opposition abhielt, die ihrerseits offen eine „weiße“ bzw. eine „Schneerevolution“ gegen die kommende Putin-Präsidentschaft propagiert. McFauls Kollege in Beijing, Gary Locke, gab dem amerikanischen Radiosender National Public Radio ein provokantes Interview, in dem er offen über den Sturz der Regierung des Landes spekulierte, indem er als Botschafter akkreditiert ist. Die chinesische Bevölkerung sei sehr unzufrieden mit ihrer Regierung, und deren politische Lage sei extrem delikat. Locke erregte sich über die Korruption, den Mangel an Transparenz, etc. Leider hätten Forderungen nach einer Jasminrevolution nichts gebracht, und offensichtlich sei etwas der chinesischen internen Situation sehr spezifisch angepaßtes erforderlich.

Ein solches provozierendes Verhalten seitens der Obama-Administration gegenüber Rußland und China läßt sich nur vor dem Hintergrund der angloamerikanischen Beziehung und dem Rückfall in die finstersten Gefilde der Geopolitik verstehen, wie sie schon die Dynamik vor dem Ersten Weltkrieg bestimmte: Das britische Empire fürchtet die wirtschaftliche Entwicklung der asiatischen Staaten, der sogenannten „eurasischen Herzländer“, die das vermeintliche Interesse der „atlantischen Randländer“ bedrohen.

Die europäischen Regierungen und Medien machen sich implizit zu Komplizen dieser Politik, indem sie dazu keine Stellung nehmen. Genauso skandalös ist das Schweigen dieser beiden Institutionen zu den zahlreichen Verstößen gegen die amerikanische Verfassung, die sich Obama hat zu Schulden kommen lassen, darunter das NDAA-Gesetz mit seiner Lizenz zur unbegrenzten Inhaftierung von Menschen in aller Welt, einschließlich Amerikanern, vorenthaltenem Rechtsbeistand, gezielten Tötungslisten, Kriegsführung ohne Zustimmung des Kongresses, Drohnenkrieg mit massivem „Kollateralschaden“ unter Zivilisten, etc.

In der Zeitschrift *The Atlantic* schrieb Conor Friedersdorf am 17. Januar, nachdem er die lange Liste dieser Vergehen aufgezählt hatte: „Ich vermute, wenn Palin oder Cheney oder Rumsfeld oder Rice oder Jeb Bush oder John Bolton oder Rudy Guliani oder Mitt Romney 2008 auch nur die Hälfte dieser Dinge vorgeschlagen hätten, hätte man sie für vollkommen ungeeignet für die Präsidentschaft erklärt und Alarm geschlagen über die Aussicht, daß Amerika seine Exzesse aus der Zeit nach dem 11. September verdopple ... Und doch hat Präsident Obama alle diese eben erwähnten Dinge getan.“ Obama habe das ureigenste Recht des Kongresses an sich gerissen, nämlich, Krieg zu erklären, und er habe etwas zum Gesetz gemacht – unbegrenzte Inhaftierung –, was es seit der Inhaftierung der Japaner während des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gegeben habe. Aber jetzt sagten die Leute: „Aber wenigstens foltert er die Menschen nicht!“ Wie niedrig haben wir die Meßlatte gehängt!“

FEHLER DES DENKENS

Was allen diesen verschiedenen Ausdrucksformen und Fehlverhalten zu Grunde liegt, ist eine kontinuierliche Werteverchiebung in den vergangenen rund 45 Jahren. In diesem Zeitraum verlagerte sich die Ausrichtung weg von der Produktion und hin zur Spekulation, und damit weg von einem wissenschaftlichen Denken im Rahmen der physischen Ökonomie hin zum Monetarismus und zur Profitmaximierung für die gar nicht so freien Kräfte des Marktes. In dieser Zeit versteifte sich die sogenannte Wirtschaftswissenschaft zu einer Dogmatik, die alle Diktatoren der Menschheitsgeschichte vor Neid erblassen ließe.

In den *VDI-Nachrichten* beschreibt ein Artikel mit dem Titel „Mo-

nokultur des Denkens hemmt den Fortschritt“ dieses Phänomen. Die Krise der Realwirtschaft sei längst da, aber die Wirtschaftswissenschaft lehre weiter ihre alten Weisheiten, als sei nichts geschehen, und deshalb formiere sich überall Widerstand unter den Studenten gegen die Art, wie Volkswirtschaftslehre gelehrt wird. Sie sei gekennzeichnet von Realitätsferne, geistiger Verarmung, dem Ausblenden alternativer Denkansätze; sie lehre keine Theoriegeschichte, kaum Methodenlehre, verleite dazu, Menschen unterschwellig als berechenbare Rädchen im Wirtschaftsgetriebe zu betrachten, sie reduziere den Menschen auf „Nutzenmaschinen“, denn so ließen sich alle kreativen und unberechenbaren menschlichen Fähigkeiten ausblenden. Milton Friedman habe die Nützlichkeit von Theorien als deren Fähigkeit definiert, Prognosen korrekt zu erstellen, und die gegenwärtigen Wirtschaftsturbulenzen bewiesen, daß die dominierende monetaristische Theorie „vor dem Scherbenhaufen eines realitätsfernen und zugleich nutzlosen Theoriegebäudes“ steht.

Womit wir wieder bei der Ausgangsfrage angelangt sind: Solange die Regierungen und führenden Institutionen nicht bereit sind, sich die fehlerhafte Axiomatik ihrer Annahmen bewußt zu machen und zu korrigieren, wird es für die existentiellen Probleme keine Lösung geben, und diese Institutionen werden in den kommenden Erschütterungen hinweggefegt werden. Nur wenn wir die Fehler des 45-jährigen Paradigmenwandels korrigieren und zu einem wissenschaftlichen Denken, wie es für die Naturwissenschaften und die klassische Kunst charakteristisch ist, zurückkehren, werden wir zu einer adäquaten Ursachenanalyse für die gegenwärtige Systemkrise gelangen können.

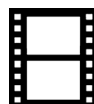
Der italienische Fernsehsender RAI 2 hat damit einen Anfang gemacht, indem er in einer diesbezüglichen Sendung Ausschnitte aus einem Interview mit Lyndon LaRouche von 2003 brachte, in dem dieser die kommende Systemkrise des Finanzsystems präzise prognostiziert hatte. LaRouche war nachweislich der einzige Ökonom, der spätestens seit 1971 die Konsequenzen jeder Fehlentscheidung korrekt vorhergesagt hat. Es ist also mehr als angebracht, die Wissenschaftsmethode zu untersuchen, die ihn dazu befähigt hat. Und vielleicht ist es ja besser, jetzt auf denjenigen zu hören, der die Krise richtig prognostiziert hat, wenn es um die Lösungen geht, mit denen die Krise überwunden werden soll.

Nur die Kombination der Rückkehr zur Souveränität über die eigene Währung, der Einführung eines Trennbankensystems in der Tradition von Franklin Roosevelts Glass-Steagall-Gesetz, festen Wechselkursen und der Einführung eines Kreditsystems in der Tradition von Alexander Hamilton als Voraussetzungen für ein globales Rekonstruktionsprogramm kann einen Ausweg darstellen.

Ironischerweise ist es ausgerechnet der oben genannte Milton Friedman, der die Nützlichkeit der Theorie von Lyndon LaRouche bestätigt!



Jeden Mittwoch um 19 Uhr auf bueso.de:
HELGA ZEPP-LAROUCHE LIVE
Senden Sie Ihre Fragen an radio@bueso.de



Analysen und Nachrichten:
DIE WELT OHNE FILTER
bueso.de/weltohnfilter

SEIEN SIE DABEI, UNTERSTÜTZEN SIE DIE AKTIVITÄTEN DER BÜSO!

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postfach 221128, 55050 Mainz

- Ja, ich möchte mich über die Arbeit der BüSo informieren. Bitte kontaktieren Sie mich.
- Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen: Postbank Ludwighafen – BLZ: 545 100 67 – Konto Nr.: 166 027 676
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung Neue Solidarität vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen zu.

NACHNAME

VORNAME

ANSCHRIFT

PLZ

ORT

EMAIL

TELEFONNR. (Festnetz)

TELEFONNR. (Mobil)